

Es gilt das gesprochene Wort.

„Leben ist Veränderung – wer sich nicht verändert, wird auch verlieren was er bewahren möchte.“

(Gustav Heinemann)

Liebe Mitglieder des Rates,
liebe Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreter der Medien,
verehrte Essenerinnen und Essener,

auch ich möchte Sie zur ersten Sitzung des am 30. August neu gewählten Rates der Stadt Essen herzlich willkommen heißen. Ganz besonders herzlich möchte ich an dieser Stelle Herrn Klieve in unserer Mitte begrüßen, der als neu gewählter Kämmerer heute zum ersten Mal an einer Sitzung des Essener Rates teilnimmt. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen.

Der Zufall will es so, dass ich beim heutigen Start in die neue Ratsperiode von dieser Stelle aus auch unseren neuen Ruhrbischof Dr. Franz-Josef Overbeck herzlich grüßen kann und mich für das Ruhrbistum freue, dass die Zeit der so genannten Sedisvakanz nun ein Ende nimmt!

„Zur Demokratie gehört der Wandel“ - mit diesen Worten hat mein Vorgänger Dr. Wolfgang Reiniger seine Rede vor zehn Jahren an dieser Stelle begonnen. Nun haben die Menschen in Essen bei der Kommunalwahl erneut einen Wechsel herbeigeführt. Das ist, wie Dr. Reiniger damals betonte, „ein Stück demokratischer Normalität“. Ich sehe das ebenso. Gleichwohl sind es immer die beteiligten Menschen, die diese Normalität im konkreten Fall auch leben müssen.

An dieser Stelle möchte ich meinem Vorgänger Dr. Wolfgang Reiniger meinen herzlichen Dank aussprechen. Er hat mir recht früh nach der Wahl angeboten, zu Gesprächen bereit zu stehen, um den Übergang möglichst reibungslos zu gestalten. Dieses Angebot habe ich gerne angenommen, denn ich habe der Art, wie er als erster Essener Oberbürgermeister die „Doppelspitze“ mit Leben gefüllt hat, stets Respekt und Anerkennung gezollt.

Er hat es verstanden, zugleich ein zuverlässiger Verwaltungschef, ein würdevoller Repräsentant unserer Stadt und ein Oberbürgermeister für alle Bürgerinnen und Bürger zu sein. Das war zwar sicher nicht immer leicht – aber die Messlatte liegt für mich nun entsprechend hoch.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,

wir haben eine Zeit zugespitzter politischer Auseinandersetzungen hinter uns. Ich möchte heute allen Beteiligten dafür danken, dass sich der hinter uns liegende Kommunalwahlkampf an der Frage orientiert hat, welcher Weg der Richtige für Essen sein kann, und dass diese Auseinandersetzung durchaus fair und mit Respekt untereinander geführt worden ist.

Ich bin sicher, dass dieses Klima der inhaltlichen und fairen Auseinandersetzung unsere zukünftige Arbeit zum Wohle unserer Stadt sehr erleichtern wird. Aus vielen persönlichen Gesprächen mit den meisten von Ihnen weiß ich, wie viel nicht nur mir, sondern Ihnen allen an unserer Stadt gelegen ist. Deshalb freue ich mich auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Das Wahlergebnis hat dazu geführt, dass viele Parteien und damit viele verschiedene Meinungen im neuen Rat vertreten sind. Damit wird es zukünftig schwerer werden, Mehrheiten - vor allem für unangenehme Entscheidungen - zu finden.

Ich bin sicher, dass wir trotzdem zu guten Ergebnissen kommen können, wenn wir einen konstruktiven Dialog untereinander, zwischen Rat und Verwaltung und mit den Menschen in unserer Stadt pflegen. Wir werden zukünftig ein hohes Maß an Mut haben und noch mehr Kreativität beweisen müssen. Eine eingehende fachliche Beratung der Fraktionen durch die Verwaltung ist daher notwendig.

Denn: Zu Ergebnissen werden wir kommen müssen! Wir müssen gemeinsam an vernünftigen Lösungen zum Wohle unserer Stadt und ihrer Menschen arbeiten. Und mit „gemeinsam“ meine ich nicht nur Politik und Verwaltung, sondern auch die Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, die zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen und nicht zuletzt jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger, also die Stadtgesellschaft.

Unsere Stadt steht vor der zentralen Herausforderung: Wie können wir trotz der prekären Haushaltslage unsere kommunale Selbstverwaltung, konkret, die Handlungsfähigkeit unserer Stadt erhalten? Helfen Sie mit, dass wir in diesem Haus möglichst mit großer Mehrheit Entscheidungen treffen können, die uns diese Herausforderung bewältigen lässt.

Damit meine ich nicht, dass wir in der Sache nicht auch streiten sollten. Dennoch sehe ich es als unsere Aufgabe an, am Ende eines bisweilen auch harten Ringens um den richtigen Weg Lösungen zu finden und dabei auch den einen oder anderen Kompromiss einzugehen. Dabei will ich mich aktiv einbringen.

Mir ist das wichtig, denn eine Blockadehaltung allein aus politischen oder taktischen Erwägungen heraus oder gar aus der Trauer um eine verlorene Wahl, würde weder den berechtigten Erwartungen der Essenerinnen und Essener noch den komplexen Aufgaben, vor denen wir stehen, gerecht werden.

Liebe Essenerinnen und Essener, einige Worte an Sie,

ich weiß, dass die Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und den Menschen in den vergangenen – ich betone - Jahrzehnten nicht immer funktioniert hat. Ich möchte mit allen Interessierten daran arbeiten, dass diese Kommunikation in Zukunft gut funktioniert, damit Sie – wo es Ihnen wichtig erscheint – an Entscheidungsprozessen beteiligt werden können. Ich lade Sie ein, sich einzumischen und mit uns Probleme anzugehen. Vor allem bei konkreten Entscheidungen vor Ort sind Ihre Einschätzung und Ihr Sachverstand oft wichtige Hilfen für Politik und Verwaltung.

Dabei möchte ich Sie aber bitten, neben Ihren berechtigten persönlichen Interessen auch einen Blick für die Interessen der gesamten Stadt zu haben, um auch Beschlüsse nachvollziehen zu können, die wir nach einem Abwägungsprozess sicher auch zuweilen entgegen Ihres Ratschlages oder Ihrer Meinung fassen werden. Auch wenn ich Bürgerbegehren und Bürgerentscheide als Mittel der politischen Willensbildung

selbstverständlich respektiere, wird es mein Ziel sein, sie durch gute Politik und intensive Kommunikation im Vorfeld von Entscheidungen überflüssig zu machen.

Gustav Heinemann – der erste gewählte Essener Oberbürgermeister der Nachkriegszeit hat einmal gesagt:

„Leben ist Veränderung – wer sich nicht verändert, wird auch verlieren, was er bewahren möchte.“

Dieser Ausspruch ist für unsere Stadt aktueller denn je. Allein die schon erwähnte prekäre Haushaltsslage zwingt uns zum Handeln, um nicht bald völlig handlungsunfähig zu sein. Wenn hier nicht schnell etwas passiert, kann unsere Stadt in eine Abwärtsspirale hineingeraten, die sowohl in der Stadtentwicklung, im Wirtschaftsleben als auch - und vor allem - in vielen sozialen Bereichen verheerenden Schaden anrichten wird.

Das Defizit der Stadt Essen war und ist in der Größenordnung bei weitem nicht hausgemacht und wird auch durch eigene Bemühungen nicht auszugleichen sein. Ich sehe daher neben dem Bund das Land Nordrhein-Westfalen in der Pflicht, für einen kommunalen Finanzausgleich und ein solides Finanzierungssystem zu sorgen. Gleichzeitig, so ist meine Auffassung, müssen diverse Modelle im Sinne einer zeitlich begrenzten „Bad Bank“ für die Schulden der Kommunen geprüft werden, um den Städten Luft zu verschaffen. Was für Not leidende Banken recht war, muss den Not leidenden Kommunen billig sein!

Vor diesem Hintergrund bereitet mir der frisch unterschriebene Koalitionsvertrag im Bund große Sorgen. Die dort festgeschriebenen Steuerpläne sehen Steuersenkungen vor, die nach Aussagen des Hauptgeschäftsführers des Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, bei Städten und Gemeinden allein im kommenden Jahr zu Einnahmeausfällen in Höhe von 3,6 Milliarden Euro führen werden. Der von Essen in diesem Zusammenhang zu tragende Beitrag könnte jeden unserer eigenen Konsolidierungserfolge kontakrieren.

Deshalb mein dringender Appell nach Düsseldorf und Berlin: Beweisen Sie Augenmaß und erhalten Sie die Handlungsfähigkeit der Kommunen!

Denn, wir müssen handlungsfähig bleiben, damit wir die anderen auf uns zukommenden großen Aufgabenkomplexe werden meistern können, die ich hier nur stichwortartig anreißen möchte: Wir werden alles im Rahmen unserer Möglichkeiten tun müssen, um Bildung zu fördern. Von der Ausbildung unserer Kinder wird es abhängen, wie unsere Gesellschaft in wenigen Jahren aussehen wird. Bildung ist die Basis für ein selbst bestimmtes Leben der Heranwachsenden aber auch für die volkswirtschaftliche Entwicklung im Wettbewerb der Industrienationen. Aber Bildung ist auch die Basis für eine erfolgreiche Integration der Kinder unterschiedlicher Herkunft. Klar ist: Die Integrationskraft von Schulen und Kindertageseinrichtungen gewinnt zunehmend an Bedeutung. Das zeigt, dass Bildung nicht ausschließlich ein kommunales Thema ist, aber auch.

Wir müssen uns um Arbeitsplätze und um günstige Bedingungen für die Essener Wirtschaft kümmern. Eine klein- und mittelstandsorientierte Wirtschaftsförderung stärkt unseren Standort ebenso, wie beispielsweise eine intensive Zusammenarbeit mit der Universität Duisburg/Essen, um ihre Stärken für die Stadt zu nutzen. Der Essener Konsens, das informelle Netzwerk zwischen Arbeitsverwaltung, Essener Wirtschaft, Handwerk und Stadt, hat zu seinem 15-jährigen Jubiläum eine beeindruckende Bilanz vorgelegt. Hieran gilt es anzuknüpfen, um auch für den sozialen Arbeitsmarkt in Essen zukünftig Möglichkeiten zu schaffen.

Nicht zuletzt benötigen wir auch Spielräume, um die Stadtentwicklung weiter voranzutreiben. Hier ist in den vergangenen Jahren mit großen Investitionen einiges vorangebracht worden. Investitionen, die der Entwicklung unserer Stadt gut tun werden, wenn sie bald ihre volle Strahlkraft zur Geltung bringen. Dennoch haben wir aktuell noch dringenden Bedarf an Entwicklungsmaßnahmen in den Stadtteilen und bei vielen anderen Projekten, die sich insbesondere mit der energetischen Ausrichtung der Stadt auf Energieeffizienz und Klimaschutz, den dringenden Herausforderungen unserer Zeit, befassen.

Unsere Stadt muss durch diese und weitere Maßnahmen noch attraktiver werden, so dass beispielsweise möglichst viele der täglich rund 107.000 Berufs-Einpendlern nach Essen auch in Essen wohnen wollen. Dabei stützt sich Attraktivität mehr auf ein gutes Arbeitsplatzangebot, gewachsene urbane Lebensqualität statt auf weiterer Zersiedelung der knappen Freiflächen und vor allem auf Familienfreundlichkeit mit einem guten und günstigen Betreuungsangebot und einem guten Bildungsangebot. Ich neide es den Düsseldorfern nicht, aber es ärgert mich, dass wir in Essen bisher nicht in der Lage sind, Kindergärten kostenfrei anzubieten wie in Düsseldorf. Alleine damit ist Düsseldorf per se kinderfreundlich und somit hochattraktiv.

Die Forderungen an Bund und Land nach Unterstützung notleidender Kommunen fordert selbstverständlich gleichermaßen, dass auch wir unsere Hausaufgaben machen müssen: Dazu werden wir zum einen die laufenden Sparbemühungen weiter fortsetzen und zum anderen einen verbindlichen, wesentlichen weiteren eigenen Konsolidierungsbeitrag leisten müssen.

Ich habe in der Vergangenheit immer wieder betont, dass ich diesen Beitrag nicht vorrangig in der bloßen Schließung einer Stadtteilbibliothek oder eines Schwimmbades sehe. Solche Maßnahmen, wenn vielleicht auch unvermeidbar, entlasten das Haushaltloch von zur Zeit rund 1,9 Milliarden Euro nicht spürbar, mindern jedoch die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt deutlich.

Stattdessen sollten wir beispielsweise in der Verwaltung die Chancen zukünftiger Entwicklung nutzen und diese zu einem verbindlichen Handlungskonzept führen. Noch deutlicher als in der Bevölkerung werden wir in der Stadtverwaltung einen demographischen Wandel erleben, der dazu führt, dass in den nächsten zehn Jahren rund 30 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter altersbedingt ausscheiden werden.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung,

Ich gehe davon aus, dass nur ein Teil dieser altersbedingt freiwerdenden Stellen wiederbesetzt wird. Welcher Anteil unbesetzt bleibt, wird Vorgabe von Verwaltung und Rat sein müssen. Auf dieser Basis werden wir in den nächsten Jahren zwangsläufig überprüfen müssen, welche Leistungen die Verwaltung in welchem Umfang noch erbringen können, bei Beibehaltung der Qualität für die Bürgerinnen und Bürger. Nur so werden wir dem Regierungspräsidenten als Aufsichtsbehörde ein weiteres und vor allem ein verbindliches Konsolidierungsangebot machen können, damit er uns im Gegenzug auch mehr eigene Gestaltungsmöglichkeiten billigen kann.

Und diese Gestaltungsmöglichkeiten brauchen wir auch. Denn demografischer Wandel und Aufgabenüberprüfung bedeutet mehr Flexibilität in der Belegschaft, damit auch mehr Bedarf an Ausbildung und Qualifikation, braucht aber auch mehr berufliche Perspektive und damit Motivation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Da alle umliegenden Kommunen mehr oder weniger denselben demografischen Wandel in der Belegschaft durchleben, werden wir sicher auch die eine oder andere Dienstleistung mehr in interkommunaler Zusammenarbeit erbringen.

Wenn es gelingt, dass die Verwaltungsspitze, der Personalrat mit den Gewerkschaften und die Politik den demografischen Wandel so gestalten, wird ein erhebliches Sparpotential gehoben, das erlaubt, verstärkt in Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu investieren. Eines möchte ich betonen und diese Aussage steht allem voran: Nach wie vor gilt die Sicherheit des Arbeitsplatzes und der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen!

Ich bin mir bewusst, dass dieser Prozess bei Ihnen, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viele Fragen hervorruft. Aber, Sie können versichert sein: Ich werde Ihnen allen stets ein zuverlässiger Vorgesetzter sein! Für mich ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Personalrat selbstverständlich. Meine eigene Biographie verweist auf eine 30-jährige aktive Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, der IG BCE, und in den Jahren meiner früheren Berufstätigkeit war ich sowohl in leitender Verantwortung als auch „auf der anderen Seite“ als Vorsitzender der Betriebsrates eines großen technisch-wissenschaftlichen Dienstleistungsunternehmens tätig. Ich weiß aus eigener Erfahrung den Vorteil einer funktionierenden Mitbestimmung sehr zu schätzen. Das heißt für mich, dass sich Arbeitnehmervvertretung und „Konzernleitung“ faktisch auf Augenhöhe begegnen und gemeinsam nach einem vernünftigen Weg suchen. Und ich habe den Dialog mit den Arbeitnehmervvertretern nicht erst gestern mit meinem ersten offiziellen Besuch im Personalrat begonnen, sondern bereits lange vor der Kommunalwahl, als ich dankenswerterweise am „Konsens für Arbeit“, der Fortschreibung des Bündnisses für Arbeit, mitarbeiten durfte.

Dennoch: Um noch einmal den Ausspruch Gustav Heinemanns zu bemühen: „Leben ist Veränderung.“ Lassen Sie uns das Leben in unserer lebenswürdigen Stadt gemeinsam gestalten und die vor uns liegenden Herausforderungen gemeinsam bewältigen – mit Tatkraft, Mut und Kreativität – und mit Gottes Hilfe.

Vielen Dank!